



# Die „Umgestaltung“ Deutschlands



Die vereinigte politische Linke wünscht sich zur Stärkung der „Diversität“, dass zugewanderte Muslime fortan maßgeblich darüber mitentscheiden, wie sich die „Rest-Deutschen“ in ihrem (noch) eigenen Lande zu verhalten haben. Sie präsentierten deshalb unter Vorsitz der „Integrationsbeauftragten“ Özgouz ([PI berichtete](#)) bereits ein „Impulspapier“, eine Art von Kompendium aller diesbezüglichen Planungen, die hinter vorgehaltener Hand längst abgeschlossen sind – und eigentlich nur noch der Umsetzung bedürfen. Nach der Lektüre dieses „Leitfadens“, der von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ausgearbeitet und in islamischen Kreisen begeistert aufgenommen wurde, braucht jedoch jeder noch einigermaßen klardenkende Bürger mindestens eine Sitzmöglichkeit – zarter besaitete Zeitgenossen sollten vielleicht sogar besser ihre Herztropfen bereitstellen.

(Von Cantaloop)

Eine unbegrenzte Anzahl von entwurzelten Menschen mit hybriden Identitäten, die einem „Leitbild“ anstelle einer Leitkultur folgen – so soll im übertragenen Sinne das „ideale“ Gesellschaftsbild gestaltet sein, wie es sich die moralischen Überflieger und Zukunftsvisionäre des derzeit überaus „hippen“ linken Spektrums vorstellen. Nationalitäten an sich sollen verschwinden. Wie man dies jedoch den stolzen [Türken und Arabern](#) vermitteln will, bleibt derzeit noch ungelöst. Vermutlich wird es also wohl „Ausnahmeregelungen“ für diese „leicht reizbaren“ Menschen geben. Angedacht ist darüber hinaus, dass zukünftig die gesamte bunte „Einwohnerschaft“ Deutschlands die Wahlen bestreitet – und nicht etwa nur die deutschen Staatsbürger alleine. Somit kreierte man gemäß linker Logik sein eigenes Wählerklientel, denn man kann getrost davon ausgehen, dass diese „geschenkten Menschen“, vornehmlich die islamisch geprägten, sicherlich nicht die bürgerlich-rechten Parteien wählen werden, obwohl die meisten von ihnen bekanntermaßen sehr traditionelle, ja zum Teil sogar eher rückständige Weltbilder pflegen, die keinesfalls mit grünen und linken Vorstellungen korrelieren. Bis sie jedoch über ihre eigenen politischen Vertretungen in Form von islamisch orientierten Parteien in Fraktionsstärke verfügen, die sich ja bereits konsolidiert haben, werden sie aus reinem Kalkül bestimmt noch ihre servilen linksgrünen Steigbügelhalter unterstützen.

Die „transformatorische Siedlungsregion Deutschland“, dort wo die „Mehrheitsanwohnerschaft“ (noch) aus überwachten, eingeschüchternen und medial dauerindoktrinierten Bio-Deutschen besteht, deren höchstes Glück es zu sein hat, zugereiste Neubürger nicht zu diskriminieren, ja nicht einmal mehr schief anzuschauen, ist also das mittelfristig anvisierte Ziel. Als verwerflich gilt es dann ebenfalls, wenn man die „neu Hinzugekommenen“ nicht sofort am mühsam erwirtschafteten Wohlstand „partizipieren“ lässt.

Das gilt in linken Zirkeln nämlich als zutiefst rassistisch – und wird, so es diesen „Gerechtigkeitsaposteln“ im Herbst gelingen sollte, politische Mehrheiten im Lande zu generieren, sicherlich gnadenlos geahndet. Unnötig zu erwähnen, dass zukünftig auch freie Journalisten im Hinblick auf „Diversität“ und „Vielfalt“ sensibilisiert werden sollen. Was in Klartext wohl nichts anderes bedeutet als; wer nicht im Sinne des Systems berichtet, wird Schwierigkeiten bekommen. Eine Vorstufe dieses Zukunftskonzeptes erleben wir derzeit schon in einer Art von „light-Version“ – und dies unter einer ehemals bürgerlichen CDU. Sinnbildlich erleben wir demzufolge gerade die Ouvertüre – das große „Hauptwerk“ folgt dann unmittelbar.

Wer jedoch glaubt, dass dies nun das Ende der Fahnenstange unserer linken Visionäre bedeutet, sieht sich erneut getäuscht. Auch die politisch hyperaktiven „Nachwuchskader“ der SPD haben noch ein As im Ärmel ([PI berichtete](#)), hinsichtlich der raschen Auflösung und Abwicklung unserer angestammten Heimat. So erklärt die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann nicht nur lautstark und medienwirksam, dass innerhalb ihrer Partei einvernehmlicher Konsens darüber herrscht, zukünftig andachte Abschiebungen von Migranten ohne Bleibeperspektive nach Berliner 2RG – Vorbild komplett auszusetzen und darüber hinaus, dass es ein grundsätzliches und universelles „Migrationsrecht“ (sic) nach Europa für alle (!) Menschen dieser Welt geben soll, die aus „schwierigen Verhältnissen“ kommen.

Dass rational denkende Politiker zu solchen Äußerungen imstande sind, ohne dass ihnen ein derart gepfeffert Protest der davon betroffenen „Urbewohner“ entgegenschlägt, die es mittlerweile eigentlich gewohnt sein sollten, den Subtext dieser Aussagen genau zu deuten, ist eigentlich fast nicht vorstellbar und sicherlich nur innerhalb unserer bereits in Agonie befindlichen Bundesrepublik, bestenfalls noch in Schweden möglich. Jahrzehntelange linke Gehirnwäsche zeigt nun ihre teuflische Wirkung – der so projektierte Umbau von

Deutschland könnte derzeit tatsächlich noch gegen ganz geringe Widerstände „durchgepeitscht“ werden.

Es wird also mit Volldampf am eigenen Niedergang gearbeitet, in den bekannten linken Zirkeln. Alles wohlwollend vom medial gehypten „Kanzler in spe“ Schulz betrachtet, der mit seinen Gerechtigkeits- und Umverteilungsfantasien schon für reichlich feuchte Träume in den Reihen seiner von ihm berauschten Genossen gesorgt hat. Wenn sie sich nur nicht zu früh gefreut haben, diese vollkommen schamlosen Anti-Deutschen, Nestbeschmutzer und Hypermoralisten. Es könnte nämlich auch ganz anders ausgehen, für diese angedachte Linksaußen-Allianz. Wenn sich die derzeit einzige „Alternative“ wieder „aufrappelt“, erneut konsolidiert, ihre Kräfte und Möglichkeiten bündelt und dadurch zeigt, dass noch nicht das Ende aller Tage für unsere Heimat gekommen ist, könnten sich rein rechnerisch auch andere Konstellationen bei der Schicksalswahl im Herbst '17 ergeben. Es bleibt also spannend.

---



## Potsdam zahlt für islamisches Freitagsgebet

✘ Die Mitglieder der katholischen und evangelischen Kirchen werden von selbigen per Kirchensteuer zur Kasse gebeten. Das kann man gut oder schlecht finden, auf jeden Fall kann man sich durch Austritt aus den Kirchengemeinschaften davon

ausnehmen. Glauben darf man schließlich auch ohne Kirchengzugehörigkeit. Was sich die Bürger in Potsdam allerdings nicht aussuchen können ist, ob sie für den Islam bezahlen wollen. Auch wenn sie nicht zur islamischen Gemeinde gehören und das sicher auch niemals wollen, so sind sie dazu verdammt für selbige zu bezahlen und zwar 1.515 Euro pro Freitagsgebet der Rechtgläubigen. Das hat die Stadt so entschieden. Damit die wachsende Zahl der Koranhörigen eine der „wahren Religion“ angemessene Stätte zum Lauschen der Predigten gegen die Kuffar, die den Zinnober nun auch noch bezahlen, hat.

*(Von L.S.Gabriel)*

Warum macht die Stadt das? Weil die Moslems im Herbst vergangenen Jahres beschlossen haben, jetzt muss eine neue Moschee her und der islamaffine OB Jann Jakobs (SPD) ihnen zugesagt hatte, sich selbstredend darum zu kümmern (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)).

Dieses Unterfangen gestaltete sich aber als kurzfristig nicht so einfach lösbar und so beschlossen die Moslems die Stadt mit impertinentem Kampfbeten auf der Straße unter Druck zu setzen – das half.



Potsdam stellte dem islamischen Verein die Orangerie der Biosphäre für ihre wöchentliche Allah-Huldigung zur Verfügung. Seit Oktober wird sich dort auf die Teppiche geworfen.



Nun ist das sicher besser als am öffentlichen Gehweg über Moslems hinwegstolpern zu müssen, aber es kostet eben auch etwas und das zahlt nicht etwa der islamische Verein, nein – das bezahlt nun die Stadt, also der Steuerzahler.

Die [Märkische Allgemeine berichtet](#):

*Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Freitagsgebete der Muslime in der Orangerie der Biosphärenhalle im vergangenen Jahr mit mehr als 19.500 Euro unterstützt. Das hat das Rathaus jetzt auf Anfrage des Stadtverordneten Dennis Hohloch (AfD) mitgeteilt. [...]*

*Laut Rathaus gab es in der Orangerie 2016 insgesamt 13 Freitagsgebete mit jeweils rund 400 Teilnehmern. Pro Veranstaltung sei ein Aufwand von 1515?Euro für Miete und Nebenkosten wie Raumherrichtung und Reinigung angefallen. Die Stadt habe „die Kosten für diese Maßnahme für das Jahr 2016 getragen“. [...]*

*Hilfe vom Land blieb bisher offenkundig aus: „Ich gehe davon aus, dass wir vom Land nicht allein gelassen werden“, hatte Sozialdezernent Mike Schubert (SPD) am 12. Oktober 2016 erklärt. Ein erstes Gespräch war nach seinen damaligen Angaben „in der nächsten Woche“ geplant.*

Ob es nun vom Land oder der Gemeinde bezahlt wird ist unterm Strich für den Steuerzahler wohl egal. Die Frage ist, wie kommen die „Ungläubigen“ dazu, dem Islam Räume zu finanzieren, in denen schon mal dazu aufgerufen wird ihnen den Kopf abzuschneiden. Noch ist Deutschland säkular und kein islamischer Gottesstaat. Wenn den Moslems nach räumlicher Veränderung ist, dann sollen sie dafür gefälligst auch selber aufkommen. Es besteht keine Not seitens der Stadt sich zu unterwerfen.

#### Kontakt:

» E-Mail: [kontakt@jann-jakobs.de](mailto:kontakt@jann-jakobs.de)

---

*(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)*



# Schweden, Trump, Lügenpresse und die Fakten

✘ [Donald Trump hat Schweden](#) als ein gefährliches Land bezeichnet und dafür (muslimische) „Immigranten“ als eine Ursache ausgemacht. Das hat zwei Folgen für die veröffentlichte Meinung bzw. die Merkelsche Staatsdoktrin in Deutschland: 1. Weil es Trump gesagt hat, muss es falsch oder schlecht sein oder beides. Und 2. darf seine Aussage also nicht stimmen und muss widerlegt werden. Die Frankfurter Allgemeine beeilte sich jetzt, dies schleunigst zu besorgen.

*(Von Alster und Sarah Goldmann)*

[Die FAZ schreibt:](#)

*Tatsache ist: In Schweden herrschen keine bürgerkriegsähnlichen Zustände. Im Gegenteil, die Integration der Flüchtlinge läuft im Großen und Ganzen gut, wie ein OECD-Bericht aus dem Mai 2016 der Regierung in Stockholm bescheinigte.*

Die Lage nach den bürgerkriegsähnlichen Zuständen 2013 hat sich beruhigt. Damals entzündeten sich die Proteste – ähnlich wie jetzt in Frankreich – an der angeblichen oder tatsächlich rassistisch motivierten Erschießung eines 69-jährigen Ausländers.

Im Falle weiterer Todesfälle oder Misshandlungen von „Migranten“, es sei dahingestellt, ob sie wirklich „rassistisch motiviert“ sind oder nicht – muss mit ähnlich heftigen Ausschreitungen gerechnet werden. Viele junge „Migranten“ zählen nicht auf rechtsstaatliche Verfahren des Gastlandes, sondern auf ihren Spaß an der Randalie. Sollte ihre Zahl zunehmen, steigt das Risiko der Zunahme von solcherlei „Protesten“ exponential an.

Davon ab ist die Polizei weiterhin in manchen Städten / Stadtteilen machtlos, siehe diese [ZDF-Reportage von 2016](#) (insbesondere ab Minute 0:44).

Die FAZ weiter:

*Rechte Medien wie die deutschen „PI-News“ greifen das nur zu gerne auf und titeln: „55 islambedingte No-Go-Areas“. Die Polizei selbst traue sich nicht mehr in diese Viertel, hieß es in dem dazugehörigen Text. Die schwedische Erklärung dafür: Die Polizei hatte lediglich eine Liste mit Orten aufgestellt, an denen sie mehr Präsenz zeigen wollte.*

Wie gefährlich solche Viertel heute noch sind, zeigt die bereits erwähnte ZDF-Reportage, in der Reporter aus Sicherheitsgründen keinen Einsatz der Polizei begleiten können. Häufig seien falsche Alarmer, so eine Polizistin, und der Empfang der Polizei mit Steinen, wenn sie eintrifft.

Das zweite Argument ist herzallerliebste. Die Liste zeige nur Orte, an denen mehr Polizei-Präsenz gezeigt werden soll. Warum denn eigentlich? Wollen die Polizisten dort vielleicht ihre schmucken Polizeiuniformen den örtlichen Schönheiten vorführen? Eine Erhöhung der Präsenz bedeutet natürlich immer auch eine Erhöhung des Bedarfes dafür und weist auf eine zu Grunde liegende Notwendigkeit hin.

*Gerade die schwedische Vergewaltigungsstatistik regte Breitbart und die islamfeindlichen deutschen „PI-News“ dazu*



*an, von einem Anstieg dieser Sexualstraftaten von 70 Prozent zu berichten, natürlich mit Verweis auf Migranten als Haupttätergruppe. Und in der Tat sind die Zahlen erschreckend hoch, mit fast 65 Vergewaltigungen pro 100.000 Einwohner. Für Deutschland sind es nur neun Vergewaltigungen bei 100.000 Einwohnern, die in der UN-Statistik für 2014 angeführt sind.*

*Diese Daten lassen sich nach Ansicht von Fachleuten pauschal aber nicht vergleichen, da die Zahlen zu diesen Delikten in Schweden anders als in Deutschland erfasst werden. In Schweden wird der Strafbestand Vergewaltigung weiter gefasst als in Deutschland, zudem werden die Fälle einzeln gezählt.*

*Wenn also eine Frau ein Jahr lang jede Woche von ihrem Partner vergewaltigt wird, bedeutet das 52 Straftaten in der Statistik. Außerdem sieht die schwedische Gesellschaft Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt sehr offen als ernstzunehmende Straftaten an und nicht als Kavaliersdelikte. Opfer trauen sich also eher, diese zur Anzeige zu bringen. Einen Anstieg von 70 Prozent lässt sich trotzdem schwer daraus herleiten.*

Nicht sehr überzeugend, dass eine Frau brav ein Jahr lang jede Woche nach der Vergewaltigung zur Polizei geht und dadurch die Statistiken manipuliert, oder? Wird der Straftäter dort nicht verurteilt oder hat sie jede Woche einen anderen, damit sie auf 52 kommt, wie soll das bitte schön zu verstehen sein? Hinzu kommt noch eine Besonderheit der schwedischen Statistik, nämlich die, dass Ausländerstraftaten nicht als solche erfasst werden dürfen.

Der [Deutschlandfunk berichtet](#):

*Nils Funcke ist Sekretär des parlamentarischen Komitees für die Pressefreiheit. „Sollte das so sein, dann wäre es verwunderlich. Denn es geht ja nicht um strafrechtliche Ermittlungen, sondern um eine umfassende Statistik für das ganze Land, die nicht veröffentlicht wird. Ich hoffe, dass*

*Gerichte überprüfen, ob die Polizei dieses Gesetz hier korrekt interpretiert.“*

Das ist nicht passiert, ganz im Gegenteil: Inzwischen hat die Regierung sogar nachgelegt und den – wie es heißt – Schutz von Tatverdächtigen weiter verbessert.

Erschwerend kommt hinzu, dass Schweden in seine Statistiken neben den ausländischen Tätern auch ausländische Opfer (undifferenziert?!) mit aufnimmt, sodass eine exakte Zahl der Täter nicht zu ermitteln ist und mit Verweis auf diese Verfahrensweise jede weitere Überlegung abgeblockt werden kann. Auf diesen Umstand geht die FAZ in ihrem [leichtgewichtigen Versuch, die Umstände in Schweden](#) schön zu reden, natürlich nicht mit ein.

Fazit: Aussagekräftige Ergebnisse liefern weiterhin jede einzelne vergewaltigte Schwedin, jedes in einer No-Go-Area [angegriffene Kamerateam](#) oder bessere journalistische Arbeit unserer Qualitätsmedien. Letztere ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

**Und das geschah „last night“, am 20./21 Februar 2017, in Schweden:**

Das gehört inzwischen so sehr zum alltäglichen und nächtlichen Terror in Schweden, dass die Medien und Politiker nicht einmal Unrecht haben, wenn sie meinen, es sei nichts besonders passiert. Die westlichen politisch korrekten Mainstream-Politiker und Medien springen über jedes Stöckchen, das Trump ihnen hinhält. Sie merken gar nicht mehr, wie sie gezwungen werden, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Man könnte beinahe meinen, dass Trump absichtlich überspitzt oder ungenau auf Mißstände aufmerksam machen will. Denn das Beste seiner Botschaft war letztendlich, dass viele Schweden, Europäer und Amerikaner auf eine andere als die politisch korrekte Wirklichkeit hingewiesen wurden.

Dieses zum Teil lügenhafte oder falsch übersetzte Bohei der Soros-vernebelten Presse hat viele Ahnungslose dazu veranlasst, sich näher zu informieren. Nicht so die hiesige Presse, wie etwa die FAZ, die fast textgleich mit der Welt usw. den Filmemacher Ami Horowitz, auf dessen Dokumentarfilm bei FoxNews sich Trump beruft, von zwei eingeschüchterten schwedischen Polizisten als verrückt bezeichnen lassen. Zudem haben sie sich von schwedischen Zeitungen politische korrekte „Fakten“ eingeholt. Zum Beispiel von der Tageszeitung Aftonbladet, die bei Kennern als „Aftonlögner“ (übersetzt Abendlügner) bezeichnet wird.

Da [die FAZ](#) aber ausdrücklich PI widerlegen möchte, wie oben berichtet, hier zur Horizonterweiterung bei der FAZ noch ein paar Fakten:

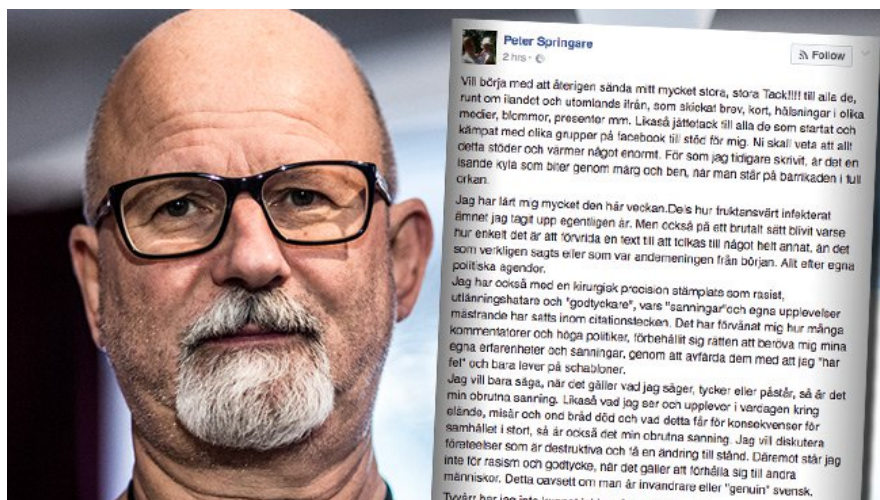
Unter der [Zahlenkombination „Code 291“](#) werden seit fünf Jahren in Schweden Polizeiberichte unter Verschluss gehalten, in denen es um Straftaten geht, bei denen Flüchtlinge beteiligt sind. Die Polizei versteckt so die Flüchtlingskriminalität – die Medien kuschen und sind ahnungslos!

Darum existieren offiziell auch nicht die [mindestens 55 No-Go-Zonen in Schweden](#) – in Malmö (11 Morde in den letzten Monaten), Södertälje, Rinkeby/Stockholm und Örebro/Göteborg.

Und darum zeigte sich der schwedische [Premierminister Stefan Löfven](#) über Trumps Äußerungen überrascht und sprach nur von Challenges (Herausforderungen) gerade wie der „komischeAli“ im Irak.

Vor kurzem hat ein schwedischer Kommissar aus Örebro, [Peter Springare, auf Facebook](#) über seine Arbeit ausgepackt und für Furore gesorgt. Er berichtete über die Fälle, die ihn im Lauf der Woche beim Dezernat für Schwere Kriminalität beschäftigt hatten. Springare nannte die Verbrechenbezeichnung und die Herkunftsländer der mutmaßlichen Täter. Alle hatten Migrationshintergrund und entstammten dem muslimischen

Kulturkreis. Fünf Fälle waren Vergewaltigungen, außerdem gab es Körperverletzung, Erpressungen, Drohungen und einen Mordversuch in der siebtgrößten Stadt Schwedens (140.000 Einwohner) – und das gehe schon seit über zehn Jahren so, schrieb der Kommissar.



In über 50 „No-Go-Zonen“ habe die Polizei in letzter Zeit die Kontrolle verloren und immer mehr sexuelle Gewalt an Kindern festgestellt. Und [Springare spricht offen aus](#), woher die Täter nach Schweden gekommen sind: Irak, Irak, Türkei, Syrien, Afghanistan, Somalia, Somalia, nochmal Syrien, Somalia, unbekannt, unbekannt, Schweden. Das habe er diese Woche von Montag bis Freitag behandelt: Vergewaltigung, Vergewaltigung, schwere Vergewaltigung, Körperverletzung, Vergewaltigung, Erpressung, Erpressung, Missbrauch der Justiz, rechtswidrige Drohungen, Gewalt gegen die Polizei, Bedrohung der Polizei, Drogenhandel, verschärfte Drogendelikte, versuchter Mord, nochmal Vergewaltigung, Erpressung und Schläge. Mutmaßliche Täter: Ali Mohamad, Mahmud, Mohammed, Mohammed Ali, nochmal, nochmal, nochmal ...

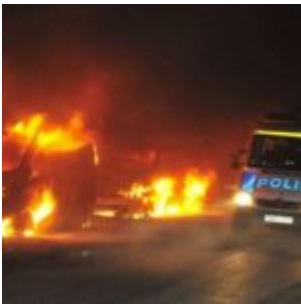
Springares offene Worte fanden neben den üblichen Rassismusrwürfen großen Applaus, er wurde mit Dank und Blumen überschüttet, und es gründete sich eine [Facebook-Gruppe](#) „Stå Upp För Peter Springare“, die inzwischen über 200.000 zählt.

Es haben sich noch weitere Polizisten, Tomas Åsenlöv und Oskar Tallryd öffentlich zum Code 291 und Springare [zustimmend geäußert](#).

Ein ganz gewöhnlicher Tag im Gericht in Göteborg:



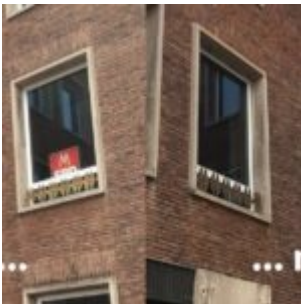
Bilder aus Stockholm-Rinkeby:



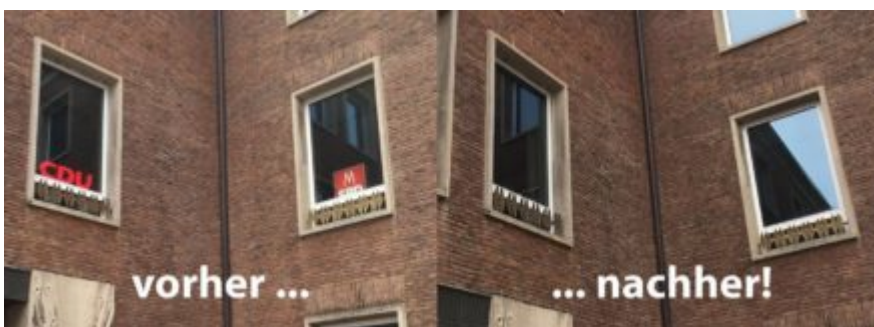
Hier Videos von „last night“ in Schweden – Rinkeby, auch Trump wird erwähnt. Hier hat die Wirklichkeit die postfaktische „Qualitätspresse“ eindeutig eingeholt.

Einige themenrelevante PI-Beiträge der letzten Jahre zu [Schweden](#):

- » [Dschihad in Stockholm](#)
- » [Asylanten-Krawalle in Stockholm gehen weiter](#)
- » [Jyllands-Posten traut sich: Die schwedische Lüge](#)
- » [Schweden: Knöllchen für abgefackelte Autos](#)
- » [Moslemische Randale und linkes Wegschauen](#)
- » [Und wieder ein „verdammter Schwede“ tot!](#)
- » [Video: Moslemmob attackiert jungen Schweden](#)
- » [Schweden – Europas Vergewaltigungsmetropole](#)
- » [Schweden: Ende der Aufnahmefähigkeit erreicht](#)
- » [Der importierte Islam ver-Gewalt-igt Europa](#)
- » [Schweden: politisch korrekt ins Asyl-Chaos](#)
- » [Schweden: Die Multikulti-Hölle](#)
- » PI vor Ort: [Partei der Schwedendemokraten](#)



## Pro Köln bleibt Ärgernis für kölschen Politiklängel



Die Bürgerbewegung

Pro Köln, die von manch ihrer Gegner spätestens seit dem Aufkommen der AfD für klinisch tot erklärt wurde, erweist sich aktuell als quicklebendig und als echtes Ärgernis für die Kölner Altparteien. Nachdem der selbstherrliche Kölner Politiklüngel zuerst seine jahrelang eingeübte (Missbrauchs)Praxis des Rathauses als kostenlose Parteiwerbefläche rückstandslos beenden musste, wurde jetzt auch noch durch eine Pro Köln-Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Münster der schamlosen Selbstbereicherungspraxis der etablierten Ratsfraktionen ein Riegel vorgeschoben: Das oberste NRW-Verwaltungsgericht erklärte das Kölner Fraktionsfinanzierungsmodell für rechtswidrig, da es unsachgemäß die mittleren und größeren Fraktionen (der Altparteien) begünstige.

Für den kölschen Politiklüngel steht dabei viel Geld auf dem Spiel. Insgesamt gehen die jährlichen Geld- und Sachleistungen für die etablierten Rathausfraktionen in die Millionen: So erhalten alleine die SPD- und CDU-Fraktion neben jeweils 16 kostenlosen Büroräumen im Rathaus jeweils rund 900.000 Euro pro Jahr an Geldleistungen! Die Grünen partizipieren immerhin noch mit 12 kostenfreien Räumen und fast 600.000 Euro jährlich an der reichhaltigen Beute. Und selbst kleinere Fraktionen zwischen vier und sechs Ratsmitgliedern, wie z.B. FDP und Linke, konnten sich bisher über jeweils fünf Räume und rund 220.000 Euro pro Jahr freuen. Der große Absturz in dieser typisch kölschen Rund-um-glücklich-Versorgung erfolgt erst ab drei bzw. zwei Ratsmitgliedern, also „zufälliger Weise“ bei der AfD-Fraktion bzw. der Ratsgruppe Pro Köln. Diese kommen laut der aktuellen Regelung nur auf zwei bzw. einen Raum (natürlich außerhalb des repräsentativen Rathauses) und etwa 85.000 bzw. 50.000 Euro pro Jahr an Geldleistungen.

Dieses krasse Missverhältnis zwischen der Ausstattung der Fraktionen der Altparteien und der (aktuell noch) kleinen patriotischen Konkurrenz stieß nun sogar dem politisch unverdächtigen OVG Münster sauer auf. Der Klage der Ratsgruppe

Pro Köln wurde am letzten Freitag nach mündlicher Verhandlung vollumfänglich stattgegeben. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Der Rat der Stadt Köln muss nun anhand des schriftlichen Urteils ein neues, gerechteres Fraktionsfinanzierungsmodell beschließen. Dabei stünde es den Altparteien gut zu Gesicht, durch eine Reduzierung ihrer unverhältnismäßig hohen Zuwendungen insgesamt Geld für die Steuerzahler einzusparen. So wie jetzt kann es jedenfalls nicht mehr bleiben. Selbst der Rotfunk WDR kam nicht umhin, zu berichten, dass die kleinen Fraktionen und Gruppen im Kölner Rat [„nicht mit weniger Zuschüssen](#) für Ausgaben und Personal abgepeist werden“ dürfen.

Wie man sieht, macht konsequente Oppositionsarbeit gegen das Kartell der Altparteien überall, auf allen Ebenen, Sinn. Auch in kommunaler oder außerparlamentarischer Ergänzung zur AfD.

---

## **Marine Le Pen weigert sich im Libanon beim Besuch des Großmuftis ein Kopftuch anzuziehen**

Was für eine Frau! Jederzeit wach und bewusst, dass sie ihr eigener Herr ist und selbst bestimmt, wie sie sich zu kleiden oder zu verhalten hat. Wenn es anderen nicht passt, muss man mit denen auch keinen Umgang pflegen. Im Video oben zu sehen: Marine Le Pen folgt der Einladung des Großmuftis von Libanon, [weigert sich aber das geforderte Kopftuch](#) zu tragen. Da dies vorher nicht von ihr verlangt und mit ihr vereinbart worden war, sieht sie keinen Grund es aufzusetzen. Höflich, aber sehr



bestimmt lehnt sie das Ansinnen ab und verlässt in aller Würde den Ort der geplanten Begegnung. Zum Vergleich dazu: schwedische Feministen-Dummchen auf dem [„Walk of Shame“](#) in Iran.

---



## **Konflikt in AfD umgehend beenden!**

☒ Wer nach der rundum verlogenen, aber wirkungsmächtigen Rede des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz zur Sozialpolitik die Zeichen der Zeit immer noch nicht begriffen hat, leidet unter bedenklicher politischer Begriffsstutzigkeit: Die etablierten Kräfte inszenieren ein gutes halbes Jahr vor der Bundestagswahl und gerade noch rechtzeitig vor der wichtigen Landtagswahl in NRW einen massenmedial kräftig unterstützten Schaukampf zum Zwecke abermaliger Wählertäuschung.

*(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)*

Es sollte sich niemand der Illusion hingeben, der größte Teil der deutschen Stimmbürger würde diese Manöver schon durchschauen. Zumal sich Schulz auch noch die Unlust und Abkehr vieler Menschen von der ausgebrannt wirkenden Merkel zunutze machen kann, weil er im Gegensatz zur AfD durchaus eine Machtoption hat. Es ist nun aber mal ein bekanntes Phänomen, dass viele Wähler gerne bei dem vermuteten Sieger,

hier im „Duell“ Merkel gegen Schulz, sein wollen.

Zweifellos hat die schiere Existenz der AfD großen Einfluss auf die neue Entwicklung. Wenn nun Schulz die einst von Rot-Grün begründete Hartz 4-Ordnung in Frage zu stellen scheint, wenn die Union plötzlich Abschiebungen zum großen Thema zu machen scheint, dann reagieren beide Parteien auf den Aufstieg und die Wirkung der AfD. Sollte es gelingen, mit solchen Flunkereien das Wählerpotential der AfD zu beeindrucken, zu begrenzen oder gar zu minimieren, dann werden sich viele Hoffnungen auf die und in der Partei im Jahr 2017 nicht erfüllen. Das wäre schlecht für die AfD. Doch es wäre noch schlechter für die Zukunft Deutschlands, das ansonsten noch weiter nach links zu kippen droht.

In dieser Situation ist es ein unbedingtes Gebot der politischen Vernunft und Notwendigkeit, den Konflikt in der AfD umgehend zu beenden und alle Kräfte gemeinsam wieder auf die politischen Gegner und Feinde zu richten. Björn Höcke hat mit öffentlicher Selbstkritik, eine für Politiker sehr seltene Übung, seinen Teil dazu überzeugend geleistet. Und er hat in dem Interview in der aktuellen Ausgabe des „Spiegel“ den beiden Rotznasen-Inquisitoren des Magazins Paroli geboten, ohne innerparteilich neue Wunden aufzureißen.

Doch damit ist die aktuell größte Wunde noch nicht geschlossen, geschweige denn verheilt: Der Mehrheitsbeschluss des AfD-Bundesvorstands, Höcke aus der Partei ausschließen zu wollen. Dieser in jeder Weise schädliche, törichte und auch im Hinblick auf sein Ziel aussichtslose Beschluss muss so schnell wie möglich revidiert werden, also vom Tisch!

Das mag für diejenigen im Vorstand, die diesen Beschluss betrieben und für ihn gestimmt haben, nicht sehr angenehm und auch mit Autoritätsverlust verbunden sein. Doch das haben sich diejenigen, die politische Differenzen mit pseudojuristischen Sanktionen „lösen“ wollen, selbst zuzuschreiben.

Was jetzt zählt, sind nicht die Befindlichkeiten bestimmter Vorstandsmitglieder, sondern es zählt vorrangig die politische Zukunft Deutschlands und des deutschen Volkes. Wer diese Priorität nicht erkennt oder akzeptiert, hat im Vorstand einer Partei, die sich Alternative für Deutschland nennt, nichts mehr zu suchen und gehört notfalls bei nächster Gelegenheit abgewählt. Im Hinblick auf die nahenden Wahlen ist es noch nicht zu spät für ein zumindest einstweiliges Konfliktende in der AfD. Aber es ist auch kein Tag mehr für öffentlich ausgetragenen parteiinternen Zwist zu verlieren!

Schlussbemerkung des Verfassers: Selbstverständlich sind die notwendigen Richtungskämpfe in der AfD mit einer realpolitisch nun notwendigen Beilegung der Konflikte nicht gelöst. Doch dazu ist nach der Bundestagswahl Zeit genug. Man kann dazu anderer Meinung sein, sollte sich aber des Risikos und der Folgen weiterer Streitigkeiten in dieser Situation bewusst sein.



## **Im grünen Ländle gehts bei der Bildung bergab**



Beim Ende 2016 vorgestellten „IQB-Bildungstrend 2015“, dem deutschen Pendant zur Pisa-Studie, war das früher verlässlich unter den Besten platzierte, aber seit 2011 von den Grünen

befallene Baden-Württemberg ins hintere Drittel abgestürzt. Getestet wurden die Fähigkeiten der Schüler in Deutsch und Englisch. Ein Freund, neuerdings im Badischen lebend, berichtet von den Segnungen der grünen Bildungspolitik im Ländle.

Im Deutschunterricht sind die Kinder gehalten, alle Worte so zu schreiben, wie sie möchten und es für richtig erachten, nach Gehör also. Seine Bemerkung beim Elternabend, er könne als Musiker nur davon abraten, sich etwas Falsches einzuprägen, weil nach seiner Erfahrung ein unangemessener Aufwand nötig werde, um von der falschen Gewohnheit wieder wegzukommen, fällt glatt durch. Aus Neugier besorgt er sich antiquarisch alte Deutschfibeln und stellt fest, dass vor einem Vierteljahrhundert die Lernziele im Deutschunterricht am Ende der ersten Klasse ungefähr jenen entsprachen, die heute für das Ende der zweiten anberaumt sind. Das Unterrichtsniveau sei eher mäßig, die Resultate seien dementsprechend, weshalb er mit der Tochter daheim zu lernen begonnen habe.

Kindern aus bildungsferneren Haushalten bleibt diese Möglichkeit gemeinhin versperrt, und sie schneiden schlechter ab, weshalb fortschrittliche Pädagogen und Gewerkschaftler inzwischen fordern, die diskriminierenden Zensuren einfach abzuschaffen. Einstweilen wird aber der Öffentlichkeit noch weisgemacht, nicht die Schule taue immer weniger, sondern das Bildungssystem benachteilige Kinder aus „sozial schwächeren“ Verhältnissen. Das ist die Crux der progressistischen Bildungsreformen: Ein funktionierendes System wird schrittweise im Namen speziell jener Lernschwachen demoliert, die lernschwach bleiben, während die besseren Schüler in ihrem Elan gebremst werden. Und als Zugabe hagelt es noch Klagen über die soziale Ungerechtigkeit, welche darin besteht, dass so ein Bildungsbürger seinem Kind daheim noch halbwegs beibringen kann, was es in der Schule nicht mehr lernt. Ließe sich das unterbinden, schnitten alle Schüler gleich schlecht ab, und endlich herrschte paradiesische Gerechtigkeit

hienieden.

Parallelen zur Energiewende, wo ein funktionierendes System durch zwei dysfunktionale ersetzt wurde, sind erkennbar, aber womöglich nicht unmittelbar intendiert gewesen, ungefähr wie sich die Arbeit von Taschendieben und Trickbetrügern denn doch deutlich unterscheidet.

(Gefunden auf Michael Klonovskys [Acta Diurna](#))

---



## Gründe für die sinkenden AfD-Umfragewerte



In den neuesten Umfragen zur Bundestagswahl liegt die AfD mit zumeist einstelligen Werten so niedrig wie seit einem Jahr nicht mehr. Einmal abgesehen von der tatsächlichen Aussagekraft sogenannter „repräsentativer Umfragen“ bleibt trotzdem

festzuhalten, dass es in den letzten Wochen einen signifikanten Niedergang in diesen Prognosen gegeben hat. Vor dem Hintergrund des Flügelstreits innerhalb der AfD wird von den Gegnern Björn Höckes gerne dessen umstrittene Dresdener Rede als Hauptgrund für den Sinkflug ins Feld geführt. Die Verteidiger Höckes – wie auch er selbst in einem [aktuellen Spiegel-Interview](#) – sehen das ganz anders. Werfen wir also zur Lösung der Frage einen genaueren Blick auf die zeitlichen Abläufe und Umfragedaten der letzten Wochen:

Dabei werden zwei für die AfD wichtige Ereignisse – die Höcke-Rede und der Beginn des auch allen anderen Parteien zusetzenden Medienhypes um den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz – der chronologischen Auflistung der Umfragewerte der wichtigsten Institute gegenüber gestellt (Quelle: [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de)):

**(Umfragewert für AfD / Veröffentlichungsdatum / Befragungszeitraum )**

EMNID: 12 % / 14.1. / 06.01.–11.01.

**Höckes Dresdener Rede am 17. Januar**

12 % / 21.1. / 12.01.–18.01.

11 % / 28.1. / 19.01.–25.01.

**Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz am 29. Januar**

11 % / 4.2. / 26.01.–02.02.

10 % / 11.2. / 02.02.–08.02.

9 % / 18.2. / 09.02.–15.02.

FORSA: 12 % / 11.1. / 02.01.–06.01.

**Höckes Dresdener Rede am 17. Januar**

11 % / 18.1. / 09.01.–13.01.

12 % / 25.1. / 16.01.–20.01.

**Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz am 29. Januar**

11 % / 1.2. / 23.01.–27.01.

10 % / 8.2. / 30.01.–03.02.

9 % / 15.2. / 05.02.–10.02.

INSA: 13,5 % / 17.1. / 13.01.–16.01.

**Höckes Dresdener Rede am 17. Januar**

14,5 % / 23.1. / 20.01.–23.01.

**Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz am 29. Januar**

13,0 % / 30.1. / 27.01.–30.01.

12,0 % / 6.2. / 03.02.–06.02.

12,0 % / 13.2. / 10.02.–13.02.

INFRATEST DIMAP: 15 % / 5.1. / 02.01.–04.01.

**Höckes Dresdener Rede am 17. Januar**

14 % / 27.1 / 24.01.–25.01.

**Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz am 29. Januar**

12 % / 2.2. / 30.01.–01.02.

FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN: 13 % / 13.1. / 10.01.–12.01.

**Höcke's Dresdener Rede am 17. Januar**

11 % / 27.1. / 24.01.–26.01.

**Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz am 29. Januar**

10 % / 17.2. / 14.02.–16.02.

Eine Analyse der besonders aussagekräftigen Werte von EMNID, FORSA und INSA – weil wöchentlich gemessen – zeigt übereinstimmend folgendes Bild: Die Werte der AfD bleiben auch nach Höckes Rede und der ersten Welle der Medienskandalisierung ungefähr stabil, steigen teilweise sogar (wieder) etwas an. Erst nach Beginn des Medienhypes um den SPD-Kanzlerkandidaten Schulz beginnen die Werte für die AfD stärker zu fallen. Übrigens auch in einem Zeitraum, in der die zweite Skandalisierung der Höcke-Rede durch seine parteiinternen Gegner zunehmend an Schärfe gewinnt und in der Einleitung des Parteiausschlussverfahrens am 13. Februar gipfelt. Bei INFRATEST DIMAP und der FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN, die in größeren Abständen ihre Umfragen durchführen, ergibt sich im Grunde ein ähnliches, wenn auch zeitlich nicht so aussagekräftiges Bild.

Auf diesen Fakten basierend, kann folgende Hypothese aufgestellt werden: Die Skandalisierung der Höcke-Rede durch den „Feind“ – also Medien und Altparteien – hat der AfD kaum Wähler gekostet, ja wahrscheinlich sogar zusätzliche mobilisiert. Erst die zunehmende interne Zerstrittenheit und das unsolidarische Agieren von Teilen der AfD haben dann im Zusammenspiel mit dem Medienhype um Martin Schulz signifikant Prozentpunkte gekostet.

---

## **Gießen: Gruppenvergewaltigung an 34-Jähriger**

**Gießen:** An der Bahnunterführung in Richtung Güterbahnhof wurde eine 34-Jährige am frühen Sonntagmorgen Opfer eines sexuellen Übergriffs. Die Frau hatte gegen 00.45 Uhr ein Lokal in der Frankfurter Straße verlassen. Sie bog danach von der



Bahnhofstraße in Richtung Güterbahnhof ab und lief dann weiter entlang der Wieseck. Im Bereich der Unterführung seien dann plötzlich drei Männer aufgetaucht. Ob sie die Frau bereits zuvor verfolgt haben, ist unklar. Die Unbekannten sprachen sie dann in einer ihr unbekannten Sprache an und schubsten sie. Im Anschluss wurde sie den Tätern unter Gewaltanwendung sexuell missbraucht. Die Täter sollen alle dunklen Haare haben. Einer der Männer soll 160 Zentimeter klein sein und einen [dunklen Teint](#) haben. Er soll einen auffälligen weißen Pulli mit grauen Längsstreifen getragen haben. Die beiden anderen Täter sollen im Vergleich dazu auffällig groß sein.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden [Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht](#): „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des [absichtlichen Vertuschens](#) nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapedugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 [20 Prozent mehr Männer](#) als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine [halbe Millionen](#) abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie [alle dauerhaft hierbleiben](#). #Merkelwinter

**Oldenburg:** Der Polizei wurde am vergangenen Samstag um 18 Uhr der Verdacht einer sexuellen Nötigung gemeldet, die sich im Olantis zugetragen haben soll. Eine 14-jährige Schülerin hatte sich gemeinsam mit einer Freundin im Schwimmbaden des Olantis aufgehalten. Der Polizei gegenüber schilderte die Jugendliche später, dass sie von einer unbekannt Person erst an Rücken und Gesäß berührt worden sei. Danach habe diese Person versucht, der Schülerin die Bikinihose

herunterzuziehen. Den Vorfall meldete die 14-Jährige umgehend dem Bademeister, der wiederum die Polizei benachrichtigte. Bei den weiteren Befragungen geriet eine Gruppe junger Männer in den Verdacht, die Schülerin belästigt zu haben. Es handelte sich um [5 afghanische Staatsangehörige](#) im Alter von 17 bis 29 Jahren. Die Männer stritten eine Beteiligung an der Belästigung ab. Das Olanthis sprach gegen alle fünf ein Hausverbot aus.

**Stralsund:** Am 19.02.17, gegen 17:45 Uhr, befand sich eine 54-jährige Frau an der Bushaltestelle des Hauptbahnhofes in Stralsund und wartete auf ihren Bus. Während der Wartezeit wurde die Frau von einer männlichen Person in gebrochenem Deutsch angesprochen. Im weiteren Verlauf sei es durch diesen Mann zu einer sexuellen Belästigung bzw. Nötigung gekommen. Zu den konkreten Handlungen werden aufgrund der laufenden Ermittlungen keine Auskünfte gegeben. Der unbekannte Tatverdächtige sei ihr in den Bus der Linie 6 gefolgt und habe diesen an der Haltestelle Vogelsang verlassen. Im Bus sei es jedoch zu keinen weiteren Handlungen gekommen. Die Geschädigte beschrieb den Mann wie folgt: [Südländisches Aussehen](#), Etwa 170 cm groß, Ca. 35 Jahre alt, Augenscheinlich erkrankte Zähne im Oberkiefer.

**Iserlohn:** Exhibitionist unterwegs Auf dem Heimweg von einer Diskothek wird eine 20 jährige Geschädigte am 19.02.2017, gegen 04:45 Uhr an der Karl-Arnold-Straße von einem Mann angesprochen. Dieser beleidigt sie auf sexueller Basis, um sich ihr dann in schamverletzender Weise zu zeigen. Täterbeschreibung: ca. Mitte 30 bis Anfang 40, schlank, [sprach mit Akzent](#), vermutlich kurze Haare, schwarze Schuhe, schwarze Hose, grauer Strickpulli mit Reißverschluss, Schirmmütze mit Abzeichen (evtl. New York Yankees) Die junge Frau musste vor Ort medizinisch betreut werden, nachdem der Täter unbekannt flüchtete.

**Nürnberg:** Polizeibeamte nahmen am Freitagabend (17.02.2017) in der Nürnberger Innenstadt einen mutmaßlichen Exhibitionisten

fest. Die Kriminalpolizei sucht Geschädigte sowie weitere Zeugen. Nach bisherigen Erkenntnissen zeigte sich der 18-Jährige um 20:00 Uhr am Hallplatz gegenüber einer Gruppe von etwa drei Frauen in schamverletzender Weise. Die bislang unbekanntem weiblichen Zeugen entfernten sich direkt im Anschluss vom Tatort. Auf Hinweis eines weiteren Zeugen konnte eine Streife der Polizeiinspektion Nürnberg-Mitte den deutlich alkoholisierten Tatverdächtigen kurz darauf festnehmen. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ordnete bei ihm eine Blutentnahme an. Bei der Überprüfung seiner Personalien stellten die Beamten fest, dass gegen den wohnsitzlosen [Ostafrikaner](#) ein Haftbefehl vorlag. Der junge Mann kam in eine Justizvollzugsanstalt.

**Ahaus:** In der Nacht zum Samstag besuchten vier Frauen im Alter von 18 bis 23 Jahren aus Ahaus und Heek zusammen mit einem 22-jährigen aus Ahaus eine Musikveranstaltung in einem Club an der Bahnhofstraße. Im Laufe des Abends wurde eine der Frauen durch zwei noch unbekannte Männer mehrfach durch Annäherungsversuche belästigt, obwohl die Geschädigte die beiden Männer jeweils deutlich aufforderte, dies zu unterlassen. Gegen 03.00 Uhr verließ die Gruppe den Club und traf auf dem Vorplatz der Post auf die beiden Männer. Diese setzten ihre penetranten Annäherungsversuche fort. Als diese deutlich abgewiesen wurden, beleidigten die Täter die Geschädigte. Deren Lebensgefährte, der 22-jährige Ahauser, forderte die Männer auf, weiterzugehen. Daraufhin griffen die beiden Männer den 22-Jährigen an und schlugen diesem mehrfach mit einer Bierflasche gegen den Kopf. Auch drei seiner Begleiterinnen, die ihm zu Hilfe kamen, wurden durch die Täter geschlagen und getreten. Alle drei erlitten leichte Verletzungen. Der 22-Jährige musste im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Die Täter waren in Richtung Bahnhof geflüchtet. Sie werden wie folgt beschrieben: ca. 25 Jahre alt, ca. 170 – 185 cm groß, kurze schwarze hoch gegelte Haare. Einer trug eine Jeansjacke, der andere eine Lederjacke. Beide sprachen nur gebrochen deutsch und sind vermutlich

## südländischer Herkunft.

**Ostalbkreis:** Eine 23 Jahre alte Frau wurde am Montagnachmittag sexuell angegangen; die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und erbittet Hinweise auf die Tatverdächtigen und sucht speziell ein Ehepaar, das der jungen Frau zu Hilfe kam. Die Tat fand im Regionalexpress Ellwangen – Aalen statt, der Ellwangen fahrplanmäßig um 17.12 Uhr verlässt. Die Frau wurde auf der Fahrt von vier jungen Männern angegangen, bedrängt und begrapscht. Die Männer störten sich dabei offenbar auch nicht an dem Umstand, dass im selben Wagenabteil noch ein Ehepaar saß, das Zeuge des Geschehens wurde. Dieses Ehepaar stellte sich dann auch schützend vor die junge Frau und erreichte so, dass die Vier sich entfernten. Dieses Ehepaar wird gebeten, sich unter Telefon 07361/5800 bei der Kriminalpolizei in Aalen zu melden. Noch ist nicht klar, wo die vier Männer zugestiegen sind, so dass die Polizei auch Zeugen sucht, die vier Männer an einem Bahnhof an der Strecke oder beim Einstieg in den Zug beobachtet haben. Derzeit kann auch noch nicht sicher gesagt werden, wo die Männer den Zug verlassen haben; auch hierfür werden Zeugen gesucht. Von den vier Männern liegt derzeit keine Personenbeschreibung vor. Bekannt ist lediglich, dass sie „jung“ waren und sich in einer unbekannten Sprache unterhielten. Auffällig war zudem eine offenkundige Ungepflegtheit, die sich vor Allem durch einen penetrant schlechten Geruch äußerte.

**Bad Segeberg:** Am 8.1.17 ist es in einer Diskothek in Bad Segeberg zu einer sexuellen Nötigung gekommen. Eine 24-jährige Frau aus Wahlstedt besuchte mit Freundinnen eine Diskothek in der Rosenstraße in Bad Segeberg. Im Laufe des Abends tanzte sie mit einem ihr unbekanntem jungen Mann. Während des Tanzens versuchte er mehrmals die junge Frau zu küssen. Da sie seine körperliche Nähe nicht wollte, drehte sie sich weg. Als sie gegen 1.30 Uhr die Toilette aufsuchte, folgte ihr der 22-jährige Iraker, drängte sie in eine Toilettenkabine und verschloss die Tür. Die Frau versuchte

vergeblich die Tür wieder aufzuschließen, während der Beschuldigte sie zur Seite drückte und ihr mehrfach an die Brust fasste. Da sich ihre Freundinnen Sorgen machten, folgten sie ihr auf die Toilette. Dort hörten sie wie die Freundin in der Toilettenkabine den Mann mehrfach deutlich abwies. Die Freundinnen versuchten vergebens die Toilettentür von außen zu öffnen. Letztlich schaffte es die Frau, aus der Kabine zu flüchten und die Security zu informieren. Die Sicherheitskräfte hielten den Mann bis zum Eintreffen der alarmierten Polizeibeamten in der Diskothek fest. Die Polizisten nahmen den deutlich alkoholisierten Beschuldigten mit zur Wache. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann aus Bad Segeberg wieder entlassen.

**München:** Auf dem Nachhauseweg ist bereits im November eine 18-Jährige an der Donnersberger Brücke von einem Mann begrapscht worden. Jetzt hat die Polizei den mutmaßlichen Täter ermittelt. Am Sonntag, 20. November war die 18-jährige Auszubildende mit ihren Freundinnen mit der S8 auf dem Heimweg vom Hauptbahnhof in Richtung Innenstadt. Im Zug setzte sich [ein Nigerianer \(34\)](#) zu den Frauen und versuchte, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Der Mann streichelte und berührte zwei der Frauen am Knie sowie am Oberschenkel. Als die Auszubildende an der Haltestelle Donnersberger Brücke ausstieg, folgte ihr der 34-Jährige. Dann griff er ihr an die Brust und in den Schritt. Die 18-Jährige wehrte sich und verständigte ihren Freund, der ihr entgegen lief. Als der Täter den Freund bemerkte, flüchtete er. Die erste Fahndung verlief ergebnislos. Nach der Auswertung von Videomaterial konnte der 34-Jährige dann aber von einem Polizeibeamten wiedererkannt werden. Die Staatsanwaltschaft erließ eine Durchsuchung der Wohnung des 34-Jährigen. Dabei wurde der polizeibekannt Mann durch Beamte aus Rosenheim festgenommen.

**Aalen:** Am vergangenen Freitag stieg eine 25-jährige Anhalterin um 14.30 Uhr an der Gschwender Bushaltestelle Im Bühlfeld in einen silberfarbenen /grauen Audi A3 mit Schwäbisch Haller

Kennzeichen (SHA) ein. Ausgangs der Ortschaft Wildgarten wurde sie von dem Fahrer, der auf Mitte 30 geschätzt wird, sexuell belästigt. Nachdem sich die Frau wehrte und den Fahrer lautstark aufforderte, dass sie aussteigen möchte, führte dieser im Bereich einer Bushaltestelle vor Reippersberg eine Vollbremsung durch und stieß die Geschädigte aus dem Fahrzeug. Der Audi-Fahrer wurde [als Südländer](#), mit kräftiger, stämmiger Figur, ovalem Gesicht, dunklen, in der Mitte nach oben gegelte Haare („Igelfrisur“) und Dreitagebart beschrieben. Er war mit einer dunklen Jacke mit Fellrand und Kapuze sowie einem Schal bekleidet.